

Parteien

# Vorausseilende Zerknirschung

Gegen ihren Niedergang hat die DSU ein einfaches Rezept: Sie magert zur Regionalpartei ab und wartet auf bessere Zeiten.

Sein Büro im Bonner Palais Schaumburg muß er bald räumen. Hansjoachim Walther, Vorsitzender der Deutschen Sozialen Union (DSU) und Minister für besondere Aufgaben im Kabinett Kohl, hat die Hoffnung endgültig verloren, daß seine Partei im nächsten Bundestag vertreten sein könnte.

Die schlechte Stimmung teilt der Parteivorsitzende mit seiner Basis. Seit dem DSU-Debakel bei den letzten Landtagswahlen am 14. Oktober will sich in der Partei kein Optimismus mehr einstellen. Statt dessen verliert Walther immer mehr Mitstreiter an die Konkurrenz; allen voran lief der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Manfred Dott, zur CDU über. Und vorsichtig drosselt auch die christsoziale Mutterpartei aus Bayern ihre Wahlkampfhilfe. So ließ der CSU-Vorsitzende Theo Waigel zwar verbreiten, sein Parteipräsidium habe „einmütig“ die weitere, „langfristige Unterstützung“ der kleinen Schwesterpartei beschlossen, der „personelle Einsatz“ solle sich aber nur auf die Bundesländer Sachsen und Thüringen „konzentrieren“.

Der DSU bleibt – will sie überleben – nichts anderes übrig. Die Durchhalteparole ihres Vorsitzenden: gesund schrumpfen, ansonsten auf bessere Zeiten warten. Nur „wenn wir uns weiter regionalisieren“, sagt Walther, „werden wir wieder besser an Wähler herankommen“. Denn im Norden Ostdeutschlands ist für die DSU jeglicher Einsatz vergeblich, in Mecklenburg-Vorpommern liegt sie bei 0,8 Prozent und erreichte damit gerade mal 2,5 Promillepunkte mehr als die Deutsche Biertrinker-Union.

Ernüchtert gibt Walther zu, „Dinge falsch eingeschätzt“ zu haben, und kündigt an, die „Fehler zu korrigieren“. Im Klartext: Nach der Bundestagswahl, wenn „Bilanz gezogen wird“, zieht sich die DSU nach Thüringen und Sachsen zurück, die nördlichen Landesverbände

werden aufgegeben. „Im Grunde sind wir ja schon eine Regionalpartei.“

Bei der Bundestagswahl tritt die DSU noch auf dem gesamten ostdeutschen Gebiet an, übt sich aber schon mal in vorausseilender Zerknirschung: Der „Sympathiegrad“ seiner Partei sei zwar höher, als der Anteil an Zweitstimmen vermuten lasse, sagt Walther; für den 2. Dezember hofft er trotzdem nur noch „auf ein Ergebnis wie bei den Landtagswahlen“. Das wären im Wahlgebiet der ehemaligen DDR magere 2,4 Prozent. Die DSU ist künftig nur in einigen Stadtparlamenten vertreten, sonst nirgends.

Norbert Koch, der Landesvorsitzende in Sachsen, möchte solche deprimierenden Prozentzahlen der Öffentlichkeit am liebsten vorenthalten. Als die Deutschsozialen in ihrem ehemaligen Stammland nur knapp 3,6 Prozent erhielten, gab Koch die Schuld daran den schlechten Prognosen: Die Wähler seien verunsichert worden; im „konservativen Lager“ habe dann eben die CDU profitiert.

Als sich der Niedergang der DSU abzeichnete, unternahm Ziehvater und Ehrenvorsitzender Theo Waigel (CSU)

mehrere Versuche, den bedrängten Freunden die Zukunft zu sichern – vergebens. Das Bundesverfassungsgericht verwarf die erste Version des Wahlgesetzes, die „Lex DSU“; im Huckepackverfahren sollte die DSU in den Bundestag geschleppt werden.

Dann blitzte Waigel bei Kanzler Kohl ab. Er verlangte von der CDU, drei sichere Wahlkreise an seine DSU-Schützlinge abzutreten. DSU-Chef Walther schlug selbst sechs „mögliche Wahlkreise“ vor, mußte aber resigniert feststellen: „Unser Wahlergebnis hat die CDU nicht gerade animiert, freundlich zu uns zu sein.“

Dazu hat sie auch keinen Grund. Die Ost-CDU wurde von der DSU im Landtagswahlkampf kräftig angerempelt, insbesondere wegen ihrer Block-Vergangenheit. „Wir haben immer wieder angemahnt“, sagt Walther, „daß in der CDU zum Teil noch immer die alten Köpfe das Sagen haben.“ Seine Partei hingegen sei die „einzige unbelastete“. Aus dem erhofften „Nebeneinander von Schwestern“ wurde ein „gnadenloser Bruderkrieg“, wie die *Welt* verwirrt feststellte.

Im Gegenzug holten prominente West-Importe für die CDU die Stimmen; die DSU dagegen mußte auf westliche „Wahlkampflokomotiven“ verzichten, klagt Norbert Koch in Dresden.

Die Hoffnungen der DSU richten sich jetzt auf die Wahl in der Hauptstadt Berlin. Dort tritt sie in beiden Teilen der Stadt an; Platz zwei der Landesliste ist reserviert für einen prominenten Westler: Gerhard Löwenthal. Der

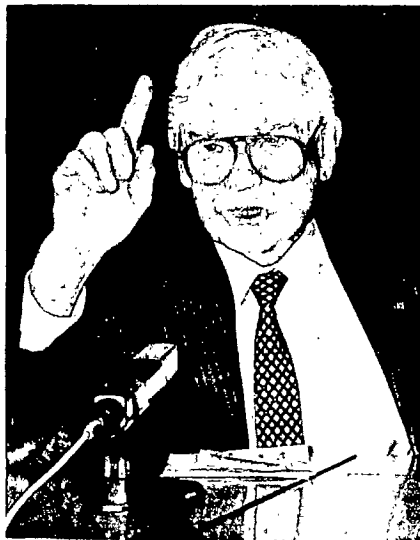
emeritierte Rechtsaußen des ZDF genießt bei DSU-Chef Walther „einen Riesenrespekt“.

Löwenthal machte Walther mit seiner Kandidatur „sehr froh“, scheint er doch der richtige Mann, am trüben rechten Rand zu fischen. Die Deutschsozialen hatten bei der Kommunalwahl in Ost-Berlin 1,0 Prozent erreicht; im Westteil würden sie jetzt nur zu gern die Republikaner beerben und in das Parlament einziehen.

Themen, mit denen sie sich rechts von der CDU profilieren kann, sieht die DSU zur Genüge: „Die Zahl der Asylanten wächst, die Wohnungsnot wächst, die Rauschgiftgefahr wächst.“ Und in der „Abtreibungsfrage“, so Walther, gebe die CDU ihren Widerstand gegen die Fristenlösung immer mehr auf; seine Partei könnte sich als Hardliner Geltung verschaffen. In zwei Jahren, „wenn die Euphorie vorbei



Parteilchefs Walther, Waigel: „Dinge falsch eingeschätzt“



DSU-Kandidat Löwenthal  
Am trüben rechten Rand fischen

ist“, der Kanzler nicht mehr „alles überstrahlt“ und die rechtskonservativen Wähler sich nicht mehr in der CDU zu Hause fühlen, sieht auch die DSU wieder Chancen für sich – falls es sie überhaupt noch gibt. Der Vorschlag aus Dresden, geschlossen zur CDU überzuwechseln und dort den rechten Rand zu bilden, wurde erst mal abgeschmettert. Walther: „Da ist jetzt alles voll.“

Abgeordnete

## Regenmacher im Sahel

Der Ex-Grüne Otto Schily zieht als SPD-Wahlkämpfer durch die Vororte von München.

Die Ouvertüre zum Auftritt des Bundestagskandidaten geht haarscharf daneben. Drei, vier erdige Nummern haben die Burschen von „Franeks Rocktheater“ im Ritter-Hilprand-Hof schon hinter sich, als ihnen der bissige Protestsong vom Ausverkauf der Heimat rausrutscht. „Preissn in Bayern, Preissn überoi“, giftet der Sänger vom Tegernsee, „wir werd'n die Preissn nimmer los.“ Drei Schritte vor der Bühne sitzt Otto Schily, geboren in Bochum/Westfalen; „a bisserl puschen“, so die Musiker, wollen sie ihn auf seinem schweren Weg vom Münchner Land in den Bonner Bundestag. Weil Otto Schily ein höflicher Preiß ist, lächelt er, als habe er kein Wort verstanden.

Der Ritter-Hilprand-Hof in Taufkirchen ist die vierte Station der Wahlkampf tour von Schily, 58, Sozialdemokrat seit genau einem Jahr. Otto „paßt zu uns“ hatten Ende November die Genossen im Münchner Land entschieden, unmittelbar nach Schilys Bruch mit den Grünen. Und weil vergleichbare Lichtgestalten bei den Sozis im schwarzen Süden selten sind, wurde der prominente Ruhr-Import sogleich zum Direktkandidaten für den 12. Bundestag gekürt.

Seit einer Woche wirbt der Wahlkämpfer in Brauereigaststätten und Mehrzweckhallen an der Münchner Peripherie um Stimmen. Am 2. Dezember, nach 29 Veranstaltungen zwischen Unterföhring und Oberschleißheim, wird abgerechnet. Schily mißt sich nicht an den 27 Prozent Zweitstimmen, die seine Vorgängerin Agnes Wolf vor vier Jahren eingefahren hat. Er will warnen und trotzdem gewinnen, will vom Müll reden, ohne ständig die blühenden Länder der Zukunft beschwören zu müssen. „Auch wenn Sie uns für hypertroph halten, anvisiern tun wir das Direktman-

dat“, sagt Werner Rieder, der Wahlkampfmanager.

Zu Schilys Unterstützung schickt die Bonner SPD ihre komplette Führungstroika in die Münchner Vororte. Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine assistiert dem Neu-Genossen im Festzelt von Haar, der Ehrenvorsitzende Willy Brandt spricht im Garchingener Bürgerhaus und Parteichef Hans-Jochen Vogel in Unterhaching. Wo mit SPD-Prominenz allein nichts zu holen ist, springen andere ein: Dieter Hildebrandt begleitet den Kandidaten ins Villenviertel von Grünwald und der weiß-blaue Lokalmatador Konstantin Wecker („Pack ma's, Otto“) ins noble Planegg. Unter dem Logo „Kompetent, glaubwürdig – Schily“ bekennen sich Claus Peymann, Lea Rosh, Inge Meysel und Philip Rosenthal („Schily will i“).

Ein bißchen arg „pastoral“ sei der Herr Kandidat gewesen, rügt Manager Rieder bei der mitternächtlichen Manöverkritik im Münchner Hotel Vier Jahreszeiten. Am nächsten Abend im Bürgersaal von Ismaning, inmitten der gewaltigsten Krautplantagen im Freistaat, zeigt Schily, daß er seine Lektion gelernt hat. Vom Fleiß der Biobauern; „gerade hier in Ismaning“, vom Müllnotstand „bei uns im Münchner Land“ ist die Rede und vom „größten sozialpolitischen Skandal der Republik“ – der Benachteiligung von Müttern und Hausfrauen. „Wissen Sie“, ruft Schily in den überfüllten Saal, „wir Sozialdemokraten werden das ändern.“

Ohne Watschentanz mit dem politischen Gegner, so glaubten bisher die Spitzensozis, ohne Konzession an die krachledernen „Mia-san-Mia“-Brüder



Wahlkämpfer Schily\*: „Nach dem 2. Dezember wird's krachen“

In Taufkirchen macht Schily all jenen einen Strich durch die Rechnung, die gehofft hatten, er werde es den Schwarzen so richtig geben. Umständlich spricht er von ökologischem Strukturwandel und Wohnungsbauförderung, wenig von der SPD, von Oskar und vom Kreuz an der richtigen Stelle. „Kriterium für Ihre Wahlentscheidung“, doziert Schily leidenschaftslos, „sollte das umweltpolitische Profil der Parteien sein.“ Die örtliche SPD-Prominenz an den weißen Resopaltischen lauscht irritiert. Dann: respektvoller Applaus am Ende der Rede, drei Autogramm jäger, keine Fragen mehr. Leicht benommen, aber gefestigt, brechen die Taufkirchen-er auf; so fühlen sich Katholiken nach dem lateinischen Hochamt.

\* Im Bürgersaal von Ismaning.

ist in Bayern keine Wahl zu gewinnen. Schily sieht das anders. Er werde keinen Trachtenjanker tragen, verkündet der Kandidat trotzig, und: „Wer glaubt, ohne bierselige Folklore läuft hier nichts, unterschätzt die Bayern.“

Die Quadratur des Kreises – bayerischer zu sein als die CSU –, an der selbst Eingeborene wie Karl-Heinz Hiersemann oder Rudolf Schöffberger im Freistaat kläglich scheitern, wird von Schily ohnehin nicht erwartet. Wer wie er bei den Grünen geduldet wurde, ohne in Gesundheitsschuhen durch den Taxöldener Forst zur WAA-Baustelle zu wandern, ist als Nonkonformist hinlänglich ausgewiesen.

Doch die galligen Töne beim Bruch mit den Grünen vor exakt einem Jahr sind nicht vergessen. Wiederholt habe sich Schily „parteischädigend“ verhal-